

**Zeitschrift:** Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung  
**Band:** - (1911)  
**Heft:** 17-18

**Artikel:** Internationale Verständigung und Presse  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-802705>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 19.11.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

bekanntem Gebrüdern Mannesmann mitsamt ihrem Hilfsgenossen Ballin von der Hamburger Paketfahrt. Obschon der politische Einfluss der Mannesmannen nicht gering anzuschlagen ist, wie wir gleich sehen werden, so hatten sie begreiflicherweise einen schweren Stand gegenüber dem mächtigen internationalen (man beachte, bitte, dass die Gesellschaft „international“ und nicht ausschliesslich „französisch“ ist) Minensyndikat. Doch die Gebrüder Mannesmann und Konsorten liessen sich nicht abschrecken. Ihre Ueberlegung war ebenso einfach als zutreffend: Lieh die französische Regierung dem internationalen Minensyndikat (in welchem ja die deutsche Konkurrenz eine Hauptrolle spielte) ihre moralische und militärische Unterstützung, wieviel mehr war es dann ein blosses Gebot des Patriotismus, dass die deutsche Regierung einem gut deutschen Unternehmen die gleiche Unterstützung zuteil werden liess. Gedacht, getan. Mit grossem Geschick und mit noch grösserem Erfolg klagten sie der Reichsregierung ihr Leid und wie die armen Deutschen in Marokko von den bösen Franzosen wirtschaftlich hintangesetzt würden. (Als ob die Krupp-Leute keine Deutschen wären?!) Die herzergreifenden, in den höchsten patriotischen Tönen angestimmten Klagelieder verfehlten ihre Wirkung nicht, und flugs sandte die deutsche Regierung ein Kanonenboot „zum Schutze des deutschen Handels“ nach Agadir.

Dies mit trockenen Worten die Vorgeschichte der heutigen Marokkofrage. Die „Panzerplattenpolitiker“ der beiden Cliquen haben es somit glücklich dazu gebracht, dass ein an sich privater, aber auch ganz privater Konkurrenzkampf zweier Industriegruppen zu einem höchstpolitischen Ereignis, ja die Ursache einer Spannung zwischen Deutschland und Frankreich geworden ist, die höchst verhängnisvoll für ganz Europa werden könnte.

Und das Niedlichste an der Geschichte: Die eigentlichen Gegner der Gebrüder Mannesmann und ihres Anhangs, welche diese ihre Konkurrenten in Marokko wirtschaftlich nicht aufkommen lassen wollen, sind letzten Endes doch nicht die Franzosen, sondern die eigenen Landsleute, die Herren Krupp, Thiessen und Kirdorf, also — Deutsche.<sup>1)</sup> Das genügt. *K. W. Sch.*

—o—

## Internationale Verständigung und Presse.

Wenn man bedenkt, welch grosse und verhängnisvolle Rolle die Presse in der unerfreulichen Marokkogeschichte gespielt hat und noch spielt, so ist es nicht uninteressant, daran zu erinnern, was der ehemalige italienische Ministerpräsident Luzzatti in seiner Rede zur Eröffnung des letzten internationalen Pressekongresses in Rom als Aufgabe und Pflicht der Presse bezeichnet hat:

„Apostel der Zivilisation und ein Werkzeug der moralischen Vervollkommnung zu sein, sei die Pflicht der Presse, welche sich nicht den heftigen Leidenschaften hingeben darf. Wenn gewalttätige Leute ihre Macht zu missbrauchen suchen, um den Weltfrieden zu stören, so führe die freie Presse sie nicht ohne heilsamen Einfluss zur Achtung der internationalen Billigkeit zurück. Die Zeitungen und diejenigen, welche sie schreiben, müssten vor allem Altruisten sein.“

Beherrigenswerte Worte! Gewiss. Aber sie waren leider in den Wind gesprochen. Unsere Zeitungsschreiber kümmern sich sonst zwar gar sehr um die

<sup>1)</sup> Um nicht in den Verdacht der Phantasterei zu kommen, bitte ich, den Artikel „Politische Hitzwelle“ („Neue Zürcher Zeitung“ vom 25. Juli 1911, I. Abendblatt) zum Vergleich mit meinen Ausführungen heranzuziehen.

Reden dermaliger und ehemaliger Ministerpräsidenten. Allein für diese Herren sind solche Reden nur dann von Interesse, wenn sie irgend eine „Spitze“ haben und wenn man in ihnen so recht die Kanonen donnern und die Säbel rasseln hört. Aber so eine friedliche Ansprache, die überdies noch zu internationaler Verständigung mahnt, die hat für sie doch kein Interesse. Man denke auch. So was kann man ja gar nicht ausschlagen, darüber lässt sich einfach nichts schreiben. Und dann das Publikum! Das liest doch nicht solche Sachen, das will was ganz anderes vorgelegt erhalten, so etwas, das nach Blut und Eisen riecht. Dies etwa wird der Gedankengang unserer hochzuverehrenden Herren Journalisten sein. Dies muss er sein, denn sonst liesse sich die ganze gewissenlose Kriegshetze der letzten Wochen in der europäischen Presse einfach nicht erklären.

Im Mai sassen die Mitglieder der Presse friedlich in Rom beisammen, gewissermassen, wie Luzzatti meinte, als ein internationaler Bund des Lichtes und der Liebe, und ausgerechnet zwei Monate später, im Juli, da fallen sie wie wilde Tiere in ihren Blättern übereinander her. Wäre es nach den Köpfen dieser Leute gegangen, so stünde heute Europa mitten im schrecklichsten Kriegsbrand. Zum Glück scheinen diesmal die Regierungen etwas besonnener zu sein als auch schon und liessen sich bis jetzt durch das Kriegsgeschrei im europäischen Blätterwald nicht irre machen.

Wenn bei dem gegenwärtigen Marokkorummel die Presse der direkt beteiligten Staaten etwas hitzig wurde, so kann man dies am Ende noch begreifen. Unbegreiflich jedoch und unverantwortlich zugleich ist es, dass Zeitungen anderer Länder, anstatt die Streitenden zur Ruhe und zur Vernunft zu mahnen, einseitig Stellung nehmen und an den gewissenlosen Quertreibereien und Kriegshetzerereien nicht nur Gefallen finden, sondern selbst daran nach Kräften teilnehmen. So z. B. ist es für uns Schweizer äusserst bemühend, sehen zu müssen, wie ein sog. gutes und führendes Blatt unseres neutralen Landes, die „Neue Zürcher Zeitung“, sich nicht scheut, beinahe jede Woche einem gewissen Berliner §§-Korrespondenten bereitwilligst ihre Spalten zur Verfügung zu stellen, damit er darin seine ellenlangen chauvinistischen Propagandaartikel für die Pläne der Alldutschen und für die Steigerung der deutschen Rüstungen veröffentlichen kann. Und unverständlich ist es, wie diese gleiche Zeitung, sowohl redaktionell als auch durch ihre Korrespondenten in den Hauptstädten Europas, das Deutsche Reich und dessen Politik in alle Himmel hinaufhebt, während den andern Grossmächten bei jeder Gelegenheit eine deutschlandfeindliche Hetz- und Intrigenpolitik vorgeworfen wird. Es fällt mir selbstverständlich nicht ein, der „N. Z. Ztg.“ vorschreiben zu wollen, welche Auffassung sie von der Politik der andern Staaten haben und vertreten müsse. Aber das, glaube ich, darf ich die Herren, „die dahinter stehen“ und die in unserem politischen Leben eine Rolle spielen, schon fragen, wie sie eine solche auffallend einseitige Stellungnahme mit den Aufgaben und Pflichten, welche die „N. Z. Ztg.“ als ein führendes politisches Organ unseres neutralen Staates nun einmal hat, in Einklang bringen? Ob sie darauf eine Antwort haben? Wohl schwerlich.

Gewiss, es ist ja lobenswert, wenn das genannte Blatt und andere desgleichen jeweils am 18. Mai das Communiqué des Schweizer Friedensvereins veröffentlichen und vielleicht daneben jedes Jahr noch einen anderen pazifistischen Artikel bringen. Damit ist aber herzlich wenig getan für eine internationale Verständigung und wiegt bei weitem nicht auf, was

das ganze Jahr hindurch gegen die Ermöglichung einer solchen geschrieben wird.

Nun, das ganze Verhalten der Presse bei den jüngsten politischen Ereignissen beweist zur Genüge, dass sie leider für die heute so überaus wichtige Forderung internationaler Verständigung das Verständnis noch nicht besitzt. Daraus müssen wir Pazifisten eben die Konsequenz ziehen und mit allen Mitteln die Presse dazu zu bringen suchen, dass sie alles, was einer solchen Verständigung entgegensteht, vermeidet. Wohl werden bisweilen von einzelnen Friedensfreunden antipazifistische Zeitungsartikel durch Gegenartikel bekämpft. Aber das genügt lange nicht. Um Erfolg zu haben, bedarf es eines zielbewussten Vorgehens von einer Zentralstelle aus. Und dies denke ich mir ungefähr in folgender Weise:

1. Allen deutschschweizerischen Zeitungen wird regelmässig und unentgeltlich der „Friede“ zugeestellt;

2. möchte ein Komitee gebildet werden, das alle in der deutschschweizerischen Presse erscheinenden Artikel unserer Gegner sofort sachlich, doch energisch in Gegenartikeln zurückweist.

Ich glaube, dass wir auf diese Art, natürlich nicht von heute auf morgen, aber doch allmählich, die Presse für unsere Bestrebungen gewinnen. Und wenn uns das gelingt, und daran zweifle ich nicht, so haben wir viel, sehr viel erreicht; denn die Presse kann der Welt den Frieden diktieren, wenn sie will. Dafür aber, dass sie das will, dafür zu sorgen ist unsere Pflicht.

K. W. Sch.

—o—

### Kriegsrüstungen in Paris und Berlin.

Am 3. September brachte der Draht folgende Berichte aus den Metropolen Europas:

Paris: Der Bund der Arbeitersyndikate der Seine richtet an die Arbeiterorganisationen einen Appell, in dem darauf hingewiesen wird, dass die englischen, deutschen, spanischen und französischen Arbeiter in nachdrücklichen Kundgebungen ihren Regierungen ihre Gefühle der internationalen Brüderlichkeit und ihr Begehren nach Frieden dargetan haben, und dass die Bundeskongresse in Marseille und Toulouse beschlossen haben, dass die Arbeiter den Mobilisierungsbefehl mit dem revolutionären Generalstreik beantworten sollen. Der Appell fordert die Syndikate auf, auf die Tagesordnung ihrer nächsten Zusammenkünfte die Frage der Verwirklichung des Generalstreik-Gedankens zu setzen und fünf Delegierte zu bezeichnen zur Besprechung der Massnahmen, um den Generalstreik am gleichen Tage mit einer Kriegserklärung ins Werk zu setzen.

Berlin: Der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Gross-Berlins veranstaltete im Treptower Park eine öffentliche Volksversammlung unter freiem Himmel, für deren Besuch tagelang vorher im „Vorwärts“ und durch Flugblätter grosse Propaganda gemacht worden war. An der Versammlung nahmen unter zahlreicher Beteiligung auch von Frauen und Kindern etwa 100,000 Personen teil. Pünktlich 1 Uhr sprachen von zehn Tribünen sozialdemokratische Redner über das Thema: „Gegen die Kriegshetzerei, für den Völkerfrieden!“ zu der dichtgedrängten Volksmasse. Der Anmarsch der Massen war in Abteilungen von 200—1000 Personen unter der Führung von Ordnern erfolgt, die durch rote Binden kenntlich gemacht waren. Um 2 Uhr wurde einstimmig der folgenden Erklärung zugestimmt: „Die Gene-

ralversammlung der sozialdemokratischen Wahlvereine Gross-Berlins protestiert mit aller Entschiedenheit gegen den neuesten Kurs der imperialistischen Politik Deutschlands. Sie wendet sich ebenso sehr gegen eine Festsetzung in Marokko wie gegen die Vergrösserung des deutschen Kolonialbesitzes durch ein unwürdiges Schachergeschäft. Die Versammlung spricht die Ueberzeugung aus, dass weder die deutsche Arbeiterschaft noch die deutsche Volkswirtschaft durch neue koloniale Erwerbungen Vorteil hat, dass vielmehr durch solche die Lasten des Volkes vermehrt und unabsehbare Konfliktgefahren geschaffen werden. Mit der grössten Entrüstung wendet sich die Versammlung gegen die kapitalistischen Kreise, die aus Eigennutz oder um ihre Verbrechen in der inneren Politik zu verschleiern das hinterhältige Vorgehen der Diplomatie benutzen, um Deutschland in einen europäischen Krieg hineinzuhetzen. Die Versammlung erklärt im Namen der gesamten Berliner Arbeiterschaft, dass sie allen verbrecherischen Versuchen, die darauf hinauslaufen, Krieg, Blutvergiessen und Vernichtung des Nationalwohlstandes über die Nationen zu bringen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten wird. Die Versammlung spricht ferner ihren Unwillen darüber aus, dass die deutsche Regierung die Entscheidung über die wichtigen und folgenreicheren Fragen der Politik in die Hände einer kleinen Anzahl von Diplomaten legt und die berufene Vertretung des Volkes, den Reichstag, völlig ausschaltet. Die Versammlung verlangt, dass das Volk selbst und seine parlamentarische Vertretung in allen sein Wohl und Wehe betreffenden Fragen zu entscheiden hat und dass nicht Diplomatenintrigen und absolutistische Willkür Deutschlands Geschehisse bestimmen. Die Versammlung bekennt sich rückhaltlos zu den Forderungen der internationalen Solidarität und schliesst sich daher allen Friedenskundgebungen und Friedensbestrebungen der französischen, englischen und spanischen Arbeiter an.“

—o—

### Gegen die Kriegshetzerei für den Weltfrieden.

So beschämend das gegenwärtige Säbelgerassel und Kriegsgeschrei der Chauvinisten und gewisser anderer Leute hüben und drüben und anderswo ist, so erfreulich ist es, wie einmütig die gesamte Arbeiterschaft in Frankreich und Deutschland, in England und Spanien der gewissenlosen Kriegshetzerei entgegentritt. An die imposante Protestkundgebung in Paris, von der letztes Mal berichtet wurde, haben sich weitere, nicht minder imposante angeschlossen. Im ganzen Deutschen Reiche, in Frankreich, in den grossen Städten Spaniens und Englands haben die Arbeiter in gewaltigen Versammlungen gegen die Kriegstreiberie im besondern und den Krieg überhaupt protestiert.

„Gegen die Kriegslust der Grossen — den Generalstreik!“ Das ist die Parole, welche die von vielen Tausenden besuchten Protestmeetings ausgegeben haben. Und man kann sich wirklich nicht wundern, dass gerade die Arbeiter es sind, die den Krieg mit allen Mitteln zu verhindern suchen. Sie haben Grund genug dazu. Ist es doch hauptsächlich das Proletariat, das bei einem Kriege der leidende Teil ist, das als Kanonenfutter herhalten soll. Und trotzdem wird es dem Volke übel, sehr übel genommen, dass es nicht ohne Besinnen seine Haut, will sagen alle seine Lebensgüter, für die Interessen der Machthaber aufs Spiel setzen möchte. So wenigstens in Deutschland. Der feste Entschluss der Sozialdemokraten, den Krieg wenn nötig durch einen Generalstreik zu vereiteln,